

Redaktion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.
Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier
Postzusendung:
Halbjährig 80 Kr.
Vierteljährig 40 Kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 Kr. —
Markt 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 88 Kr. — 1 Post 25 Cent.
Einzeln Exemplare 6 Kr.
„Die Zukunft“ erscheint an jedem
2. und 4. Donnerstag im Monat.
Unverlangte Rücksendungen sind postfrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

Administration u. Expedition:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.
Inserations-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen:
5 Kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen:
10 Kr.
die dreimal gespaltene Zeile ober
deren Raum.
Wir erlauben bei allen Geldsendungen
sich der Postanweisungen zu bedienen.
Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletariat aller Länder vereinigt Euch!

Nr. 41.

Wien, Donnerstag 9. Juni.

1881.

Parteigenossen! Vergelt der Familien der Inhaftirten nicht.

Parteigenossen!

Es ist Euch aus den letzten Nummern unseres Blattes bekannt, daß neuerdings mehrere Genossen in Salzburg, Graz, Prag und Br.-Neustadt in Untersuchungshaft gezogen wurden. Wir machen Euch hierdurch aufmerksam, daß mehrere von den Verhafteten Familienväter sind und daß sich deren Frauen und Kinder, seit sie durch die Verhaftungen ihrer Ernährer beraubt sind, in bitterster Not befinden.

Es ist gewiß der Wunsch eines jeden Parteigenossen, daß auch den verhafteten Genossen selbst ihr Loos nach Möglichkeit erleichtert, und daß sie, soweit dies erlaubt ist, unterstützt werden, man braucht aber nur einen Blick auf die in unserem Parteiorgane veröffentlichten Ausweise über die Sammlungen zu werfen, um einzusehen, daß deren Ergebnis ein viel zu geringes ist, um allen oben angebeuteten Bedürfnissen gerecht werden zu können.

Wir fordern daher alle guten Parteigenossen auf, an allen Orten Sammlungen einzuleiten und die Genossen zu regulmäßigem, wenn auch noch so geringem, wöchentlichen oder monatlichen Beiträgen für diese gute Sache zu bestimmen.

Tue Jeder, was er wünscht, daß für ihn und seine Familie in ähnlichem Falle getan werde.

Gelder sind an die bekannte Adresse einzusenden.

Mit sozialem Gruß

Josef Hbes.

Unter polizeilicher Aufsicht.

An den beiden Pfingstfeiertagen war das Redaktions- und Administrationslokale der „Zukunft“ von drei Detektiven bewacht. Dieselben hielten sich teils auf der Straße in der Nähe unserer Babentüre, teils in dem gegenüber liegenden Gasthause auf und hielten sich, sobald eine der in unserem Bureau beschäftigten oder auch häufiger verkehrenden Personen aus dem Hause trat, an deren Fersen und verfolgten sie auf allen ihren Wegen wie der Tod den Kranken.

Einer unserer Genossen, der am ersten Pfingstfeiertage bei uns zu tun hatte, wurde, nachdem er auf die Straße getreten war, nicht nur auf allen seinen Geschäftsgängen von den zudringlichen Gejellen begleitet, sondern sie folgten ihm auch nachmittags in den Prater und setzten sich, zur großen Belustigung seiner ihn dort in einem Gasthause erwartenden Freunde, zu dreien an den nächsten Tisch und spitzten die Ohren um die Fäden der vermeintlichen Verschwörung in ihre Hände zu bekommen. — Ähnlich erging es dem Administrator dieses Blattes, welcher am Pfingstmontag von zwei „Vertrauten“ in Gastner's Etablissement auf der Landstraße begleitet wurde, wo sich die beiden wühlerischen Herren, so oft er mit Jemandem sprechen wollte, so dicht in seine Nähe drängten, daß er sie schließlich sehr energisch auffordern mußte, ihrer Wege zu gehen. Sie leisteten auch der Aufforderung Folge, trotzdem aber war es unserem Administrator nicht möglich, mit irgend Jemandem ein vertrauliches Wort zu wechseln, da es von nun an der anwesende Polizeikommissär für notwendig fand, gerade in der Nähe jenes Tisches zu promenieren, an dem er sich mit einem Freunde nieder-gelassen hatte.

Nun sind wir wirklich froh, zu wissen, daß Oesterreich ein Freiheitsstaat ist, der von einem glücklichen, zufriedenen, mit einem Wort, beneidenswerten Volke bewohnt wird, denn was müßten wir uns erst Alles gefallen lassen, wenn wir in einem Polizeistaat lebten!?

Die Reaktion und die Schule.

Unter dem reaktionären Bestrebungen, die gegenwärtig in Oesterreich stärker als je seit Beginn des konstitutionellen Regimes nach Geltung ringen, nimmt der Kampf gegen das Reichsvolksschulgesetz den ersten Platz ein. Die Ueberzeugung, daß in der heranwachsenden Generation und deren künftigen Nachkommen die Entscheidung über das Schicksal der modernen Reaktion zu suchen ist, beherrscht das Tun und Treiben unserer Reaktionsäre und stößt ihnen den Mut ein, die Verteidigung von Grundstücken zu übernehmen, die von der überwiegenden Mehrzahl ihrer Führer längst zu den überwundenen Vorurteilen gelegt wurden, wenn sie überhaupt je dieselben mit der irreführenden Masse teilten.

Von zwei Seiten richtet sich der Angriff auf das Reichsvolksschulgesetz — einerseits gegen die Dauer der Schulzeit, andererseits gegen den interkonfessionellen Charakter des Schulunterrichtes. Die erstere Aufgabe erfüllt der bekannte Dienbacher'sche Antrag, die letztere eine vom Abgeordneten Dipauli in der Sitzung vom 12. Mai beantragte Resolution, in welcher für die berechtigten konfessionellen Forderungen die volle Berücksichtigung seitens der Regierung durch eine gründliche Abänderung des Reichsvolksschulgesetzes in Anspruch genommen wird.

Der Dienbacher'sche Antrag, der vom Abgeordneten-hause bereits angenommen wurde, geht in seiner neuesten Fassung dahin, daß den Eltern auf dem Lande das „Recht“ zusteht, ihre schulpflichtigen Kinder nach Ablauf

von sechs Jahren aus der Schule zu nehmen und ihnen die letzten zwei Jahre der Schulzeit bloß noch einen höchstens wöchentlich vierstündigen Wiederholungsunterricht zukommen zu lassen. In den Städten können den Eltern in „berücksichtigungswerten“ Fällen seitens der Schulbehörde dieselben Zugeständnisse gemacht werden. Die Tendenz des Antrages ist klar: er zielt dahin ab, den Einfluß der liberalen Lehrer auf die heranwachsende Generation der Kinder auf dem Lande zu beschränken, die besonders in den letzten zwei Schuljahren angeweinigenden naturwissenschaftlichen und anderweitigen den religiösen Dogmen feindseligen Kenntnisse in Zukunft so viel als möglich von der ländlichen Bevölkerung fern zu halten und überhaupt die Wissenssumme für die große Masse der Bevölkerung auf ein Minimum zu reduzieren.

In zweiter Linie liegt in der Tendenz dieses Antrages die Forderung der materiellen Ausbeutung der Kinder durch die Eltern und durch das Kapital. Durch die Befreiung vom Besuche der Alltagschule in den beiden letzten Jahren ist der vielfach von den Bauern ausgesprochene Wunsch erfüllt, die Kinder noch während der Zeit der Schulpflicht regelmäßig zu häuslichen und Feldarbeiten zu verwenden, ebenso werden durch diesen Antrag die letzten Schranken für die Ausnützung der Kinder zu fabrikmäßiger Arbeit hinweggeräumt.

Wie vorauszu sehen war, haben sich die Befürworter des Dienbacher'schen Antrages und der Antragsteller selbst wol gehütet, auf die eigentliche Tendenz des Gesetzeswurfes aufmerksam zu machen; sie haben sich im Gegenteil nach Kräften bemüht, dieselbe zu verdecken und durch heuchlerische Volksfreundlichkeit die Masse in Irrtum zu führen. Insbesondere spielten die angeblichen enormen unerschwinglichen Kosten der jetzigen Volksschule eine hervorragende Rolle unter den Angriffswaffen gegen die achtjährige Schulzeit und als Hauptzweck des Dienbacher'schen Antrages wurde die Entlastung der Landbevölkerung von einem Teile der Schulauslagen angegeben und in zahllosen Artikeln der kirchlichen Presse dem gläubigen Publikum mundgerecht gemacht. Nirgends aber und von Niemandem wurde ein ernstlicher Versuch gemacht, den Nachweis zu liefern, welchen finanziellen Effekt die Durchführung des Dienbacher'schen Antrages haben und ob derselbe überhaupt eine nennenswerte Verringerung der Schulauslagen herbeiführen werde. Man kann sogar mit ziemlicher Sicherheit im Vorhinein behaupten, daß der Antrag Dienbacher's, falls er Gesetz würde, nur eine unbedeutende Verringerung des Schulbudgets zur Folge haben werde, da weder in den erforderlichen Schulbauten, noch in der Zahl des Lehrpersonals, dadurch eine wesentliche Aenderung eintritt. Man darf nicht vergessen, daß die sogenannten unerschwinglichen Schulauslagen hauptsächlich durch die vielen notwendigen Neubauten und durch die ebenso notwendige Erhöhung der Lehrergehälter verursacht wurden; die erstere dieser Ursachen verschwindet von selbst, sobald einmal die Verhältnisse früherer Generationen gutgemacht sind, während sich an der letzteren auch durch den Dienbacher'schen Antrag nichts ändert.

Gerade der Grund und die Tendenz, welche die Urheber des Dienbacher'schen Schulantrages denselben unterzuschoben suchen, sind demnach Täuschungen, welche von der kirchlichen Presse meist mit vollem Bewußtsein ihrer Nichtstahlgültigkeit dem Volke so lange wiederholt werden, bis sie wenigstens in den Augen der Leichtgläubigen und Unwissenden einen Schein von Berechtigung erhalten.

Der Antrag Dipauli's, der auf die Wiedereinführung der kirchlichen Schulaufsicht abzielt, hat dem Antrag Dienbacher's gegenüber doch den Vorzug der Aufrichtigkeit, wenn auch in der Rede, die der genannte Abgeordnete

zur Begründung seines Antrages hielt, sich Behauptungen vorfinden, die der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlagen. Es wäre Raumbverschwendung, wenn wir hier die Ansichten Dipauli's über den Einfluß der modernen Volksschule auf die Sittlichkeit der Bevölkerung und über die soziale Bedeutung der Religion wiedergeben wollten. Für ihn ist natürlich die moderne Volksschule, d. h. die Volksschule, die nicht unter der absoluten Vormundschaft der Kirche steht, schuld an allen Verbrechen und Lastern, die eine tendenziöse unwissenschaftliche Statistik an der heutigen Jugend entdeckt hat. Wir sind weit davon entfernt, die moderne Jugendberziehung zu verteidigen und ihre offensibaren Mängel zu verkennen; aber es ist ein Zeichen oberflächlichen Denkens, wenn man die heutige Erziehung und die moderne Schule als die Ursachen der Entfittlichung erklärt, statt sie als Symptome viel tiefer liegender sozialer Krankheiten zu erkennen.

Die Geschichte erweist an dem Schicksale der bedeutendsten Kulturvölker, daß mit der Zunahme der Massenarmut auf der einen und immensen Reichthums und zügellosen Mißthätigkeit auf der andern Seite stets allgemeine Entfittlichung, Steigerung lasterhafter Gewohnheiten und Vermehrung von Verbrechen und Vergehen Hand in Hand ging; das geschah sowohl in religiösen als in glaubenslosen Gesellschaften und die Religion äußerte keinen andern bemerkenswerten Einfluß auf das entfittlichte Volk, als daß sie zu den andern Lasten noch das schenßlichste und gefährlichste, die religiöse Scheinheiligkeit, hinzusetzte. Die Schule war von jeher nichts anderes als das wichtigste Mittel, um den sozialen Geist und die intellektuelle Durchschnittsbildung der Gesellschaft auf die künftigen Generationen zu übertragen, weshalb eine verderbte Gesellschaft nie eine andere als eine verderbte Schule und eine demoralisierende Erziehung ihren Kindern als Angebinde hinterlassen kann.

Unsere Gesellschaft ist entfittlicht, weil sie auf unfittlichen Grundlagen beruht — sie befördert soziale Laster und Verbrechen, weil ihre Einrichtungen darauf hinarbeiten — sie vermehrt die Verbrechen gegen das Eigentum, weil unter dem Schutze ihrer Institutionen beständig tausende und abertausende ihres Eigentums trotz Arbeit und hartem Kampfe ums Dasein verlustig gehen. Wenn nun Jemand wirklich von sittlicher Entrüstung über diese Erscheinungen erfüllt ist, dann rufe er zum Kampfe auf gegen die Ursachen jener Erscheinungen — dann fordere er, daß die Gesellschaft der Moral Bemühtung leiste, indem sie sich auf Grundlagen stelle und Einrichtungen schaffe, die dem sittlichen Bewußtsein ihrer Glieder entsprechen.

Herr Dipauli und Genossen haben jedoch diese Absicht gar nicht — sie sinnen auch durchaus keine sittliche Entrüstung über die in der Gesellschaft bestehende Ungerechtigkeit — sie wollen im Gegenteile diese Ungerechtigkeit erhalten, indem sie den Glauben an die bestehenden Autoritäten zu stärken und dadurch die gefährdete Unterwürfigkeit der Massen wieder herzustellen suchen. Herr Dipauli gestand in seiner Rede offen ein, daß es ihm um die Erhaltung des Glaubens, als die Stütze der konservativen Faktoren im Staats- und Gesellschaftleben, zu tun sei. Für ihn und seine Günstlingsgenossen haben die herrschenden Gewalten und Ordnungen nur insoweit ansehnlich zu werden, als sie das Interesse der Kirche wahren. Die Wissenschaft, insoweit sie dem katolischen Glauben widerspricht, heißt „Asterweisheit“ — der Staat, wenn er die absolute Herrschaft der Kirche über die Geister beeinträchtigt, der „omnipotente, heidnische“ Staat — die Schule, wenn sie den Aberglauben nicht in Wank und Wogen alzeptiert, die verhaftete und verkleumdete „K. u. K. Schule“.

Wir wissen nicht, welche Ausfichten der Antrag Dipauli's hat und wie sich die gegenwärtige oder eine zukünftige Regierung zu ihm stellen wird. Aber das eine können wir mit Sicherheit behaupten, daß jeder gelungene Versuch, das Wissen einzuschränken, die Geister zu bedrängen, die Herrschaft der Kirche zurückzuführen, ein Nagel zum Sarge des Staates sein wird, der solche Versuche wegen sollte. Wenn jemals, so ist heute die Wissenschaft eine Macht, und wer gegen sie ankämpfen will, der sicheren Niederlage preisgegeben. Die wahren Staatsverderber sind also diejenigen, welche den Staat und das Volk der mächtigsten Waffe berauben wollen, die im modernen Kampfe ums Dasein über das Schicksal der Staaten und Völker entscheidet. Doch wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Die Bewegungen des Mittelstandes und die Sozialdemokratie.

Von J. Kals.

(Schluß.)

Wie die Liberalen und Konservativen gedrängt sind, zur demagogischen Bauernbewegung Stellung zu nehmen, so sieht auch die Sozialdemokratie vor der Frage über das zweckmäßigste Verhalten diesem Faktum gegenüber. Und ich möchte unter diesem Faktum nicht nur die deutschösterreichische Bauernbewegung, sondern den gesamten Bauern und auch Kleinbürgerstand, — mit einem Worte, die gesamte Mittelklasse verstanden wissen. Und da im Lager der Partei meiner Wahrnehmungen nach über diese Frage immer noch wenig Klarheit eingehört ist, sowie auch die bisherige Haltung nicht entsprechend war, so sei die Sache hier in Kürze erörtert.

Eine Annäherung oder gar eine gemeinsame Parteizugehörigkeit zwischen der Mittelklasse und den Lohnarbeitern ist ein viel schwieriger zu Stande bringendes Ding, als die Wehrzeit der Sozialisten meinen. Es sind von den Hindernissen, die sich dem entgegenstellen, im ersten Teile des Artikels schon manche berührt, so daß es hierüber keiner langen Ausführungen mehr bedarf.

Unter diesen Hindernissen kommt in erster Linie in Betracht der Kastengeist der Bauern und der Gewerbetreibenden und Mangel an Sinn für die Idee der Gleichberechtigung, der internationalen Menschenverbrüderung, des allgemeinen Wohls, sowie überhaupt der Kulturverbreitung; ferner Mangel an Verständnis der Kulturforderungen. Ferner das Interesse des Arbeitgebers, welches individuell und besonders bei oberflächlicher Betrachtung ökonomisch (wirtschaftlich) immer dem des Arbeitnehmers entgegen gesetzt ist, da die Parole (Lohn; hier: wirtschaftlich lebendes Prinzip) der Meister und Bauern auf lange Arbeitszeit, niedere Löhne und unbedingte Unterwerfung ihren Arbeitern gegenüber lautet, die der Lehren aber entgegen gesetzt ist. Weiters das mangelhafte Verständnis über das Wesen der Sozialdemokratie, welches zumal den Bauern höchstens aus den Sägen und Verleumdungen der gegnerischen Blätter bekannt ist; ferner — die Abneigung der Bauern gegen die Industriearbeiter, welche zum Teil dem Groll gegen die reisenden Wurscher, — für die Bauern „Feldtraber“, „Landfischer“, „Wagatunden“, — welche, statt ihren billigen Arbeitskräfte abzugeben, täglich zur Last fallen, u. s. m. Dies Vorstehende genügt, um den Bauer und Kleinbürger mit wenigen Ausnahmen zum erklärten Feind der Sozialdemokratie und eine diebisch-erfolgreiche Aufklärung der Mittelklasse zu einem schwierigen Problem (wichtige, noch ungelöste Frage und Aufgabe) zu machen.

In Staaten, wie Oesterreich-Ungarn, wo die Kabbalen und Sozialisten gegen die anderer Kulturstaaten an Macht und Aktionsfreiheit noch ziemlich zurück sind, ist daher in nächster Zeit eine erfolgreiche Propaganda der Sozialisten in Bezug auf die Mittelklasse jedenfalls nicht zu erwarten.

Was nun? soll sich die Sozialdemokratie der Mittelklasse und ihren Aktionen feindlich gegenüberstellen? — einen Kampf aufnehmen? Oder soll sie selbst ignorieren (nicht beachten), von der Agitation in der Mittelklasse absehen, und sie ihrem Schicksale überlassen? — Dann würde es den Anschein gewinnen, die Sozialdemokratie sei lediglich eine auf den Standesinteressen der Lohnarbeiter beruhende Bewegung; und müsste eine solche Haltung für selbe die Mittelklasse noch feindlicher stimmen oder geradezu zum aktiven Gegner machen.

Den herrschenden Parteien aber erst würde dies willkommen sein!

Aber eine solche Haltung wäre auch den sozialdemokratischen Prinzipien und Tendenzen zuwider. Denn die Partei beruht nicht allein auf den Interessen der Lohnarbeiter, sie ist keine bloße Arbeiterpartei, sondern vielmehr eine Kulturfrage, weil sie eine Kulturpartei ist, indem selbe das größtmögliche Wohlbefinden und die größtmögliche physische und geistige Ausbildung und Entwicklung aller zu Ziele hat.

Und darum liegt die Sozialdemokratie — wenn auch verkannter Weise — auch im Interesse der Mittelklasse. Und darum soll die Propaganda (systematische Verbreitung von Lehren und Grundsätzen) dennoch auch in die Kreise der Bauern und Kleinbürger getragen werden, trotz alledem!

Dieses kann — in Oesterreich-Ungarn — für die nächste Zukunft allerdings nur eine schwache sein, desswegen ist es aber nicht weniger geboten, daß klare, positive Normen (Regel, Vorschritt) hierzu aufgestellt werden.

Aber welche? Nun, es gibt vor Allem drei Mittel der Agitation, wenn auch arg beschränkt: 1. Vereine und Versammlungen; 2. die Presse; 3. privatim, mündlich und schriftliche Agitation.

Man tende zu den freien Versammlungen und Kleingewerbebetreibern und auch deren Vereinsversammlungen, insofern sie nun liberalen oder liberalkonfessionellen Charakter haben, Parteigenossen-Mitglieder, und läde andererseits zu den sozialistischen Versammlungen und Vorträgen Kleinbürger und Bauern ein. Man veranstalte selbständige Versammlungen, auf deren Tagesordnung Interessenfragen der Mittelklasse stehen. Mittels der Presse ist diesbezüglich freilich schwer zu manipulieren, weil die Kleinbürger und besonders die Bauern sehr schwer zu bewegen sind, sozialistische Blätter zu lesen und noch schwerer, solche zu abonnieren; außerdem sind die Arbeiterorgane in der Wehrzeit zum gedachten Zweck nicht gut geeignet —; indes kann auf verschiedene andere Weise die Presse benützt werden; — man denke nur und berate — mit vereinten Kräften.

Mündliche Agitation ist jeden fähigen Parteimitglieds Sache, der mit Bauern und Kleinbürgern zu verkehren Gelegenheit hat, und auf Korrespondenz möchte ich ebenfalls besonderes Gewicht legen.

Insondere wäre es von Belang, einflussreiche Personen des Mittelstandes, wie z. B. die „Führer“ der Bewegungen, bürgerliche Deputierte (Abgeordnete), Gemeindevorstände u. s. w., wenn auch nicht eigentlich für die Partei zu gewinnen, so doch wenigstens den Parteien abwendig zu machen. Eine gewisse Sympathie für unsere Sache ist ohnehin durch notwendige Folge-Schreiber dieses hat dies öfters mit Erfolg versucht.

Zur Grundlage der Propaganda sollte aber stets folgendes beachtet werden. Jeder (speziell abgeordnete) Stand hat mindestens zwei oder drei Hauptinteressen; nämlich solche der Klasse oder der — Allgemeinheit, und Interessen des Standes.

Wiewol nun das Programm der Sozialdemokratie in seinen Hauptpunkten lediglich Kulturforderungen aufweist, die bei dieserem Wille nur zum allgemeinen Wohl gereichen können, so scheint

im Falle der heutigen Zustände bei oberflächlicher Betrachtung doch manches nur für die Lohnarbeiter und gegen die Interessen der Mittelklasse zu sein.

Dennach ist es also entschieden notwendig, diesbezüglich das Programm dem bewußten Zwecke gemäß zu formulieren (ausstellen, unterbreiten).

Wenn wir in diesem Gedanken das Programm der modernen Sozialdemokratie durchsehen, so werden wir insbesondere jene wirtschaftlichen Punkte, welche in das Bereich der Gewerbebetriebe fallen, als in erster Linie dem Arbeiter zu gut kommend, separaten (separat stellen) müssen, wegen Forderungen, wie allgemeines Wahlrecht, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Pressefreiheit, wie überhaupt besonders die Punkte, die ich schon an früherer Stelle dieser Ausführungen angeführt habe, zweifelloser Forderungen der gemeinsamen Volksinteressen darzustellen; und dürfte es auch nicht so schwer halten, der Mittelklasse nachzuweisen, daß selbe in deren vitalstem Interesse (Lebensinteresse) liegen.

Kurz zusammengefaßt, handelt es sich also darum, jene Punkte, welche schon nach oberflächlicher Ansicht und kurzer Darlegung leichtsinnlich sowohl dem speziellen Interesse des Mittelstandes, und zugleich den allgemeinen Volksinteressen dienen, bei der Mittelklasse zu propagieren.

Nach diesem ist die Stellungnahme und Aufgabe der sozialdemokratischen Partei gegenüber dem Mittelstande klar vorzeichnet. 1. Durch die angeführten Mittel der Bauern und Kleinbürger nach Kräften von der eiserne Umarmung der herrschenden Parteien (Liberalen, Konservativen und wie sie sich sonst heißen) und deren Schwindelpresse loszumachen suchen; 2. denselben das Reaktionsäre, Kulturfeindliche, Egoistische und Verworfene der Tendenz ihrer derzeitigen Kundgebungen auseinanderzusetzen; 3. ihnen die bewußten Forderungen des Volkes auch im Interesse der Mittelklasse gelegen — nachzuweisen; 4. der Vorschlag, die Mittelklasse möge in Verbindung mit den Arbeitern als eine große Partei der gemeinsamen Volksinteressen diese Forderungen sich zum Ziel setzen.

Wenn die Partei sich (z. B. in Oesterreich-Ungarn) in ihrer Kraft und ihren Mitteln dieser Propaganda derzeit noch nicht recht gewachsen zeigt, und die gedruckte Gesetzbuchung und Handhabung sie besonders an dem Werke hindert, so möge sich dadurch Niemand abschrecken lassen. Wien ist nicht in einem Lage erbaut und das Publikum nicht mittels Dampf und Telegrafem verbreitet worden! Man bewege sich in den Grenzen des Möglichen, und sehe sich vor Allem vor, den rechten Weg einzuhalten.

Und es sei noch einmal betont, vor ohne Propaganda (Bewandlung) der Bauern und Meistern von einer Normalarbeitzeit u. dgl. reden will, der wird mit den Bauern keine Rücksicht offen und mit den Meistern nicht Profit trinken! Man lasse daher das Ansehen aus dem Spiele, — unseren Prinzipien brauchen wir deswegen gar nichts zu vergeben.

Möge diese Ausföhrung im Kreise der Parteigenossen überall Beachtung und — Darumschaffung finden! Und wer anderer Meinung ist, der widerlege! Wer Besseres weiß, heraus damit! Und wenn das Richtige erkannt, sodann an's Werk! Das Weitere soll die Erfahrung lehren.

Politische Uebersicht.

Der für Pfingsten in Linz projektirte Arbeitertag wurde von der oberösterreichischen Statthalterei verboten. Am 9. Mai zeigte Gen. Anton Weigand bei der Statthalterei die Abhaltung einer auf geladene Gäste beschränkten Versammlung für den 12. Mai mit folgender Tagesordnung an: 1. Besprechung und Beschlußfassung über die Abhaltung eines Arbeitertages zu den Pfingstfreitagen in Linz. 2. Was dreier Herren aus der Versammlung als Deputation zum Statthaltereileiter Fürsten Lohar Metternich, um die Bitte, betreffs Abhaltung eines Arbeitertages, mündlich vorzubringen. Auf diese Anzeige antwortete genannter Statthaltereileiter mit folgendem Erlaß: „Die von Weigand (...) angezeigte geschlossene Versammlung von geladenen Gästen erscheint bei dem Umstände, als aus der Anzeige nicht ersichtlich ist, in welcher Weise die Einladung der Gäste zu geschehen hat, als ein unter die Bestimmungen des Gesetzes vom 15. November 1867 über das Versammlungsrecht zu subsumierende Versammlung. Wegen des oben angeführten Mangels, sowie weil der einzige Einberufer dieser Versammlung nicht die genügende Garantie bietet, die Ordnung in derselben erfolgreich aufrecht zu erhalten, und weil endlich nach der vorgelegten Tagesordnung Zweck dieser Versammlung ein solcher wäre, welcher einer Versammlung das Recht einräumt, an irgend Jemandem über die Zeit derselben hinaus länger oder kürzer dauernde Funktionen zu übertragen, was gesetzlich unstatthaft ist, finde ich dieselbe auf Grund des §. 6 des oben citirten Gesetzes zu untersagen.“ Am 20. Mai zeigten eine Anzahl Genossen den Arbeitertag selbst mit der bereits bekannt gemordenen Tagesordnung als eine auf geladene Gäste beschränkte Versammlung an. Darauf erfolgte folgender Bescheid: „Diese Versammlung kann nicht als eine nur auf geladene Gäste beschränkte Privatversammlung, sondern muß vielmehr als eine allgemein zugängliche Versammlung im Sinne des §. 2 des Gesetzes vom 15. November 1867 über das Versammlungsrecht angesehen werden, weil den sogenannten Gästen ohne Beschränkung Karten als Legitimationen ausgestellt und zugestellt werden. Nachdem nun allen österreichischen Arbeitern die Teilnahme an der projektirten Arbeiterversammlung freisteht, so fällt dieselbe unter die Bestimmungen des obcitirten Gesetzes über das Versammlungsrecht, und muß die Anzeige, daß die Versammlung lediglich auf geladene Gäste beschränkt sei, als eine Umgehung des Gesetzes vom 15. November 1867 über das Versammlungsrecht aufgehoben werden. Ich finde daher die beabsichtigte Versammlung auf §§. 2 und 13 dieses Gesetzes als gesetzwidrig zu untersagen.“ Da dieses Verbot seinem ganzen Inhalte nach dem Geiste des Versammlungsgesetzes widerspricht, welches Versammlungen, die auf geladene Gäste beschränkt sind, von den Bestimmungen des Gesetzes ausnimmt, da ferner die in letzter Zeit stattgefundenen Bauern- und Parteitage, die unter gleichen Modalitäten einberufen wurden, anstandslos tagten und dadurch die Willkürlichkeit des jetzigen Verbots tatsächlich konstatieren, wurde sofort der Rekurs an das Ministerium des Innern ergriffen. Da die Frist bis Pfingsten für die Erledigung des Rekurses und für die anderweitigen Anordnungen zu kurz ist, mußte der Arbeitertag vertagt werden. Nähere Mitteilungen erfolgen nach Erledigung des Rekurses in allen österreichischen Arbeiterblättern.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai begründete Graf S o h e n w a r t seinen Antrag auf Wahl eines 24er Ausschusses zur Prüfung der Kompetenz des Reichsgerichtes und des Abgeordnetenhauses in Bilanzangelegenheiten mit dem Hinweis auf die bekannte Entscheidung des Reichsgerichtes in Bezug auf die letzten Wahlen im oberösterreichischen Großgrundbesitz. Dr. H e r b s t verlas eine Erklärung namens der Deutschliberalen, worin der Antrag S o h e n w a r t's als verfassungswidrig bezeichnet wird. Nach Verlesung der Erklärung verließen die Deutschliberalen den Sitzungssaal. Die im Saale zurückgebliebenen Rechte nahm den Antrag S o h e n w a r t's an und wählte in den Ausschuß nur Mitglieder der Majorität, da die Deutschliberalen jede Teilnahme abgelehnt hatten.

Ein Antrag des tschechischen Abgeordneten Zeithammer auf Abänderung der Reichsratswahlordnung für den böhmischen Großgrundbesitz, durch welche die Feudalen die Majorität bekämen, wurde dem Wahlreform-Ausschusse zugewiesen.

Das Abgeordnetenhaus hat den Bau der galizischen Trauerfabrik auf Staatskosten beschlossen.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. Mai, in welcher der Dienbacher'sche Schulantrag (siehe Beitarikel) beraten wurde, hielten die deutschliberalen Abg. Prof. Eduard S u e ß und Adolf B e e r fulminante Reden gegen die reaktionäre Politik der gegenwärtigen Regierung und riefen damit auf der Galerie derartig laute Zustimmung hervor, daß nach der Rede von S u e ß die Galerie auf Befehl des Präsidenten geräumt wurde. Wenn die Taten dieser Herren ebenso energisch wären, als ihre Reden, seitdem sie in der Minorität sind, so gäbe es eben keine reaktionäre Regierung in Oesterreich. Nichtsdestoweniger verdienen manche Ausführungen der genannten Abgeordneten volle Beachtung, weil sie die Unwahrheit der gegen die moderne Schule geschleuderten Merikalen Verleumdungen festnagelten. So weisen, wie Dr. B e e r nachwies, die Listen über die Erfahrunghausen aus den Jahren 1872—74, welche Mannschaften betreffen, die vor dem Inkrafttreten des neuen Volksschulgesetzes die Schule besuchten für Böhmen 31.9 Prozent, für Schlesien 38%, für Steiermark 49% u. s. w. von Rekruten nach, die weder lesen noch schreiben konnten. Das waren die Resultate der heute von den Merikalen verhimmelten alten Schule! Aber auch die Gehalte der Lehrer waren darnach. Zu Beginn der Siebziger-Jahre noch bezogen in Tirol 91 Lehrer einen Jahresgehalt von 40 fl., 221 von 40—60 fl., 343 von 60—80 fl., 303 von 80—100 fl., 454 von 100—150 fl., 197 von 150 bis 200 fl., 209 von 200—250 fl., 57 von 250 bis 300 fl., 48 von 300—400 fl. und nur 10 Lehrer bezogen einen Jahresgehalt von mehr als 500 fl. Wie beachtenswert ist solchen Fakten gegenüber das Geschwätz der Merikalen von den seither „unerschwinglich“ gewordenen Schullasten, die doch hauptsächlich nur durch den Bau aufwändiger Schulhäuser und durch die notwendige Verbesserung des Lohes der Lehrer herbeigeführt wurden. Den Ausführungen des Abg. Dipauli gegenüber, der die moderne Schule für die Ursache der Verbrechen verantwortlich macht, ist hervorzuheben, daß in Tirol im Jahre 1863 700 Verbrecher bestraft wurden, im Jahre 1865 schon 1119 und so jedes Jahr mit Steigerung weiter. Das war noch zur Zeit der gerühmten alten Schule. Solchen Tatsachen gegenüber müssen wol alle Verleumdungen gegen die Schule verstummen.

Am 24. Mai fand im Abgeordnetenhaus die Schlußabstimmung über den Antrag Dienbacher's statt. 151 Abgeordnete von der Rechten stimmten dafür, 141 von der Linken dagegen. 52 Abgeordnete fehlten.

Am 24. Mai wurde im Abgeordnetenhaus eine Resolution angenommen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, behufs einer zeitgemäßen Reform der unter Verwaltung des Staates stehenden Pfandleihanstalten, insbesondere der in Wien durch Errichtung mehrerer Filialen und mögliche Herabsetzung des Zinssfußes mit tünlicher Beschleunigung die erforderlichen Schritte vorzunehmen.

Der Unterrichtsminister erteilte den akademischen Senaten der Universitäten Wien, Graz, Innsbruck und Czernowitz eine Mitge wegen der von ihnen an das Herrenhaus gerichteten Petitionen gegen die Trennung der Prager Universität in eine deutsche und tschechische, trotzdem das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger im Art. XI sagt: „Das Petitionsrecht steht Jedermann zu... Petitionen unter einem Gesamtnamen dürfen nur von gesetzlich anerkannten Körperschaften oder Vereinen ausgehen.“ Da die akademischen Senate zweifellos „gesetzlich anerkannte Körperschaften“ sind, steht ihnen auch das Petitionsrecht zu und die Klage des Unterrichtsministers widerspricht dem Staatsgrundgesetz. Abg. Kusipj interpellirte auch wegen dieser Klage, bekam aber natürlich keine Antwort.

Die Gemeindevertretungen der westlichen Bororte Wiens hatten wegen der Annahme des Antrages Dienbacher's Trauerfabriken an den Schulgebäuden ausgehängt, mußten aber dieselben auf Befehl der Polizei herabnehmen. Abg. Friedrich S u e ß interpellirte darüber den Minister Grafen Taaffe, letzterer verließ aber, statt eine Antwort zu geben, den Sitzungssaal.

Der Antrag des Abg. Obrega auf eine W e r t e n s t e u e r wurde dem Gehilfen-Ausschusse zugewiesen.

In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses vor Pfingsten wurde auf Antrag Dienbacher's beschlossen,

alle Petitionen, die nicht erledigt wurden, einfach der Regierung zuzuwenden. Wir machen alle Arbeiter auf diese Methode, Petitionen zu erledigen, aufmerksam, damit sich keiner die nutzlose Mühe gebe, auch einen Beitrag für die große Masse zu liefern, in der die Petitionen bis zur Würdigung durch die Regierung — verschimmeln.

Im Jahre 1880 fanden in Oesterreich 635 Konfiskationen von Zeitungen statt. Die in Oesterreich erscheinenden sozialistischen Organe in deutscher Sprache wurden 16mal konfisziert. Die meisten Konfiskationen fanden in Böhmen, insbesondere in Prag statt. In letzterer Stadt allein 177, in Wien 108, in Bemberg 69, in Triest 43.

Der oberste Gerichtshof hat das bekannte Urteil des Prager Oberlandesgerichtes aufgehoben, durch welches dem Drucker der auf dem liberalen Karlsbader Parteitage beschlossenen, aber konfiszierten Resolutionen die Einspruchsbehandlung verweigert wurde und eine öffentliche Einspruchsbehandlung angeordnet. In der Entscheidung wird hervorgehoben, daß durch eine derartige Interpretation des Gesetzes, wie sie dem Prager Oberlandesgerichte beliebt, das Einspruchsrecht gänzlich illusorisch würde.

Die Unterrichtskommission des Herrenhauses hat den Liebhaber'schen Schulantrag abgelehnt.

Die Freudentisten — diejenigen, welche die Annexion Istriens, Triests und Südtirols an Italien aufstrebten — machten am Vermählungstage des Kronprinzen verschiedene Demonstrationen; so explodirte in Pirano eine Petarde, „man“ verhaftete mehrere Personen, darunter zwei junge Mädchen. — In Capod'Istria erfolgten an drei Abenden Petardenzündungen, zahlreiche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Magistratsbeamter.

Das Wucherergesetz wurde vom Kaiser am 28. Mai sanktioniert. — Das Gesetz, betreffend die Errichtung einer tschechischen Universität in Prag, wurde vom Abgeordnetenhaus angenommen.

Julius Verbovay, Redakteur des „Fügellenseg“ und sein Mitarbeiter Penthaler, die wegen mehrerer Artikel gegen die gemeinsame Armee angeklagt worden waren, sind von den kaiserlichen Geschwornen freigesprochen worden. Der Kaiser hat unmittelbar darauf telegraphisch die Freilassung der wegen tätlicher Mißhandlung des Redakteurs Wartha verurteilten Offiziere Dienstl und Rüstow angeordnet.

Im Kanton Zürich haben die Reaktionen über 30.000 Unterschriften für ihre Petition an die Regierung um das Verbot der Abhaltung des Sozialistenkongresses zusammengebracht.

Die Neuwahlen für den ungarischen Reichstag finden vom 24. Juni bis 3. Juli statt. Die Eröffnung des Reichstages ist auf den 24. September festgesetzt.

Der Fürst von Bulgarien fordert von der Nationalversammlung folgende beschiedene Verfassungsänderungen: 1. Die Bekleidung mit außerordentlicher Gewalt für 7 Jahre; 2. Die Suspension der gewöhnlichen Session der Nationalversammlung für dieses Jahr; 3. Das Recht, vor Ablauf der 7 Jahre die große Nationalversammlung zur Revision der Verfassung einzuberufen. Welleicht kommen die Bulgaren zur Ueberzeugung, daß sie sich selbst einen großen Dienst erweisen, wenn sie sich diesen Fürsten vom Hals schaffen.

Der General Vogel von Falckenstein wurde auf Requisition der braunschweigischen Regierung wegen der Geldstrafen, zu denen er wegen widerrechtlicher Inhaftierung der Sozialisten im Jahre 1870 in Löhren verurteilt worden war und die zu bezahlen er sich beharrlich weigerte, gepfändet.

An die Stelle des Ministeriums Cairoli trat, nachdem Sella von der Rechten mit seinen Versuchen, ein konservatives Kabinett zu bilden, gescheitert war, ein „gemäßigt“ liberales Ministerium mit Depretis an der Spitze, der schon unter Cairoli Minister des Innern war.

Gambetta hielt eine Art Triumpfparade à la Napoleon III. in seine Heimatsstadt Cahors und wurde von Deputatzen und Behörden gleich einem Monarchen gefeiert. In Cahors selbst hielt er ein paar Reden, die aber weit hinter den hochgespannten Erwartungen seiner Zuhörer zurückblieben. Gambetta wird in Folge der Bereitwilligkeit, mit der er die speichelleckerischen Subtilitäten entgegennahm, von den radikalen Organen hart angegriffen.

Ein Antrag des Radikalen Barodet auf Abschaffung des Senates und sonstige Revision der Verfassung wurde von der Deputiertenkammer abgelehnt.

Wegen Teilnahme an der von uns gemeldeten Demonstration zu Gunsten der Fesse Helfmann in Marjeille wurden vom Buchpolizeigerichte Sufini zu dreimonatlichem Gefängnis und 100 Frank Geldbusse, Paula Müll, zu einmonatlichem Gefängnis und von drei andern Angeklagten der eine zu zweimonatlichem, der zweite zu dreimonatlichem, der dritte zu achttägigem Gefängnis verurteilt.

Auf eine Anfrage erklärte der englische Minister Granville am 20. Mai im Oberhause, der Regierung seien keine Vorstellungen über das Nilitrecht gemacht worden. Die Niliten Englands über das Nilitrecht seien so

bekannt, daß solche Vorstellungen nicht wahrscheinlich seien; aber Rußland habe mit Zustimmung Deutschlands England zur Teilnahme an einer Konferenz aufgefordert, um praktische Methoden zur Unterdrückung verbrecherischer Bestrebungen gewisser Assoziationen zu erwägen. Nach der Ermordung des Jaren sei es nicht merkwürdig, daß Rußland unter andern Mitteln den „Verbrechen“ ein Ende zu machen, die Mitwirkung anderer Mächte nachsuche. Es sei nicht Simpatie mit dem Nihilismus, welcher die Regierung zur Ansicht veranlasse, daß die Teilnahme an einer Konferenz nicht vorteilhaft sei. Wenn der Nihilismus das sei, was er scheint, nämlich eine große Assoziation gegen die Geseze und Institutionen der zivilisierten Gesellschaft, so sei es vollkommen klar, daß es die Pflicht und im Interesse Englands sei, demselben entgegenzutreten und ihn zu beschränken. Er glaube aber, daß dies nur insoweit ausführbar sei, als es die Geseze gestatten.

Die revolutionäre Aufregung in Irland steigt. Der Sekretär der Landliga, Brennan, wurde am 23. Mai, der bedeutendste Organisator der Liga, Kittle, am 28. Mai verhaftet. In Mitchellstown fand am 27. Mai gelegentlich dreier mit Hilfe von 250 Polizisten und einer Dragonerabteilung vorgenommenen Exzession ein ernster Zusammenstoß zwischen der Bevölkerung und der Truppenmacht statt. Die Volksmenge wuchs bis zu 12.000 Personen an. Die Polizei wurde mit Steinschüssen angegriffen und mehrere Polizisten wurden verwundet. Von weiteren Exzessionen wurde abgesehen. — Auf der Insel Arranmore fand am 31. Mai ein Handgemenge statt. Fünf Boten, welche zu dem dort zum Schutze der Gerichtsdiener stationierten Kanonensoldaten „Hochhau“ gehörten, wurden von den Bewohnern der Insel zerstückt. — In Bodyle verurteilten Gerichtsbeamten die Exzessionsbefehle gegen einige Pächter auszuführen; die Bevölkerung versammelte sich in großen Massen, griff die Exzessoren und die denselben zum Schutze beigegebenen Militärs und Polizeimannschaften an und schloß auf dieselbe. Auf beiden Seiten fanden Verwundungen statt. — Aus der Grajschaft Galway wird wieder ein agrarischer Mord gemeldet.

Mosk wurde am 25. Mai von den Geschwornen schuldig gesprochen; das Strafmaß wird vom Richter erst bestimmt werden, wenn die vom Verteidiger erhobenen gesetzlichen Einwände vom Gerichte erledigt sind.

Ein aus dem Dozpater Gefängnis, Rußland, Entlassener teilt in der Petersburger Wochenschrift „Nebzela“ mit, daß den politischen Gefängnissen in den russischen Gefängnissen Nägel in die Füße geschlagen, die Beine gebrochen und daß diese Gefängnisse bei den Füßen aufgehängt werden. — In Elisabethgrad wurden zwei junge Handwerker, welche revolutionäre Proklamationen der „Saulja i Wolja“ verbreiteten, verhaftet.

In Wilna haben zahlreiche Verhaftungen polnischer Sozialisten stattgefunden. Unter den Verhafteten befinden sich zwei Advokaten, ein Buchhändler und ein Ingenieur. — In Petersburg wurde wieder eine Anzahl Marineoffiziere verhaftet, darunter ein Enkel des berühmten Polenhehners Murawiew, Gouverneur von Litaunen. — Der Zar ist in aller Stille nach Peterhof überfiedelt.

Aus Parteikreisen.

Die Banhäuser der österreichischen Polizei, das sozialdemokratische Schreckgespenst zu verstreuen und der in der Verfolgung dieses Zielles entwickelte Eifer verdienen Anerkennung. Diese Bemühungen machen uns die Schaffung eines Ausschusses gefehes wie in Deutschland oder die Erlaffung eines Manifestes wie in Rußland vollständig entbehrlich. Derselbe „Welt“, welcher dem russischen Jaren nach seiner Verführung eingegeben, als Despot forzuherrschen und jede freiheitliche Bewegung zu unterdrücken, scheint auch unsere Staatsbehörde zu besetzen. Denn wenn wir auf ein Jahr zurückblicken und uns die massenhaften Handdurchsuchungen und Verhaftungen ins Gedächtnis rufen, welche die Angehörigen unserer Partei innerhalb dieses Zeitraumes im freien Oesterreich über sich ergehen lassen mußten, so überfällt uns ein Schauer und wir mühen uns fragen: Was würde erst geschehen, wenn die österreichischen Sozialdemokraten nicht so zahn und lanzenstumpf wären, wie sie in der Tat sind? Und was ist das Resultat als dieser menschlichen politischen Chironen? Nichts, denn trotz aller dieser auf den Spießbürger berechneten Genesungen unserer liberalen und „demokratischen“ Polizeibilder von „sozialrevolutionären Agenten“, „Sprungschüssen“ und „Chiffrenschiff“ wissen wir doch, daß bei unseren Parteigenossen nichts konspiriert wurde, als was sie zu beizien das Recht hatten.

Montag den 29. Mai d. J. fand bei unserm Genossen Anton Brinz, der in der Brinnthelanstalt in Oberdöbling beschäftigt ist, aus eines Hausdurchsuchung der erwähnten Art statt, welche von früh 5 bis 1/2 Uhr dauerte und welche vom Bezirksleiter, einem Unterbeamten und zwei Detektivs vorgenommen wurde. Man kam hierbei auf Wechsellöhne, welche Brinz, als er Buchhaltung studierte, angefertigt hatte; diese Scheine wurden von den behördlichen Organen großer Aufmerksamkeit gewürdigt und es wundert uns sehr, daß unsere Tagesblätter nicht die Mitteilung brachten, der Polizei sei die ganze sozialrevolutionäre Parteikasse, bestehend in einer halben Million Gulden in Reimwechseln, in die Hände gefallen. Mit Beschlag belegt wurden zwei Notizbücher, mehrere Briefe und Proklamationen, darunter eine in französischer Sprache nicht politische Inhalts und ein Lieberbuch von Johann Mosl. Brinz mußte auf die Polizei folgen, wo er ein längeres Verhör zu bestehen hatte, worauf er nachmittags 6 Uhr wieder entlassen wurde. Die konfiszierten Sachen wurden ihm am 2. Juni mit Ausnahme der Proklamation „Kopfschützer“, Mosl's Lieberbuch, Anti-Syllabus und eines Aufgabebuches über 4 fl. nach Paris zurückgegeben. Die zurückgehaltenen Sachen wurden der Staatsanwaltschaft übergeben.

Donnerstag den 2. Juni fand in Fobels Bierhalle eine von circa 1200 Personen besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: Das Schutzesgesetz. Von sämtlichen Rednern wurde die Einführung der sechsjährigen Schulpflicht als reactionär bezeichnet und es wurde ein Protest gegen den Beschluß des Abgeordnetenhauses in dieser Angelegenheit eingebracht. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Gegen Genossen Ferd. Schaffhauser in Floridsdorf wurde wegen Uebertretung des §. 300 S. O. (Usthorckung) beim k. l. Landesgerichte in Wien die Untersuchung eingeleitet.

Am 30. Mai, nachmittags 3 Uhr, wurde der Arbeiterbildungsverein in Steyr im Auftrage der Stathalterei

von Oberösterreich im Beisein von acht Polizisten aufgelöst und das Vereinsvermögen in Beschlag genommen. Die „Gründe“ sind uns derzeit noch unbekannt. Der Verein bestand bereits elf Jahre.

Seit 3. Juni d. J. erscheint in Brunn ein neues Parteiorgan unter dem Titel „Wohlfahrt“. Dasselbe erscheint monatlich zweimal und kostet vierteljährig 30 kr.

Graz. In der hiesigen Schuhwaarenfabrik, Aktien-Gesellschaft, vormals Pollat haben fünfzig Arbeiter die Arbeit eingestellt. Dem Generaldirektor Pollat war bekannt geworden, daß infolge der erbärmlichen Lohnverhältnisse in der Fabrik und der kranisch gewordenen Lohnbedingungen, die den meisten Arbeitern nur mehr eine tierische Existenz ermöglichen, eine Bewegung unter den Arbeitern der Fabrik entstanden war, welche den Zweck hatte, bessere Lohnbedingungen zu erzielen. Kaum hatte er dies erfahren, als er den telegraphischen Befehl gab, die „Rädelsführer“ sofort zu entlassen. Die Entlassung der angeblichen Rädelsführer fand statt, die Arbeiter aber antworteten auf den Mraz des Direktors mit der sofortigen Arbeitseinstellung. Zugang ist ferne zu halten.

Wie uns nachträglich gemeldet wird, hat Herr Pollat sich telegraphisch an die hiesige Polizeidirektion um „Sankt gegen die Arbeiter“ gewendet, da letztere die Fabrik demolieren wollten. Die deshalb zum Polizeidirektor vorgeladenen „Rädelsführer“ verwahrten sich auf das Entschiedenste gegen diese Verdächtigung. Auf die Frage des Polizeidirektors, was sie zu ihrem Vorgehen veranlaßt habe, erklärte einer der Arbeiter, daß die jetzigen Löhne keine menschliche Existenz mehr gestatten und führte als Beispiel an, daß für eine Arbeit, die früher mit 45 Kreuzern bezahlt wurde, jetzt nur mehr 17 Kreuzer gezahlt werde. Heute, den 4. Juni, wurde die Fabrik gesperrt, und den Frauen mitgeteilt, daß sie nach Pfingsten nicht mehr in die Arbeit kommen sollten.

Unterstützungen sind dringend notwendig und sind an Josef Moßhart, Ellabettengasse 22, Graz zu senden. Es freiten 175 Arbeiter.

Budowina. Es dürfte nicht uninteressant sein für die Parteigenossen, wenn dieselben erfahren, daß bei ganz vielleicht schon vertriebenen Parteigenossen, welche sich in der tiefen Budowina, und zwar mitten in einem Walde, wo auf einem Anstau von mindestens 2 bis 4 Meilen lauter hoher dichter Wald, sich befinden und wo nur ein freier Flächenraum von ungefähre zehn Klafter Breite und fünfzig Klafter Länge durch den offnen handliche Mensch von einer hohen Obrigkeit, welche nur volle sechs Meilen Weges zu fahren hat, gebausucht wird. Nicht genug, daß ein Wachmeister und zweimonatliche Gemeindevorstand beordert waren, neu, es mußte noch ein zweiter Kostenführer vom nächststen Posten und ein zweiter Gemeindevorstand, der der nächste von hier war, beigezogen werden und erschienen diese Herren am Gründonnerstag in diesem Urwalde, wo ich als Brettschneiderei angestellt bin und suchten alle Wohnräumlichkeiten sowie Kleidungsstücke, alle Strümpfe und Unterziehhosen wurden gewendet, jedes kleine Stückchen, was etwas eingewickelt war, wurde gesücht, als wie wenn man Dynamitpillen gesucht hätte; auf mein öfteres Fragen, was die Herren eigentlich suchten, bekam ich keine Antwort und weiß bis heute nicht, von wo aus die Auftragserteilung ausging, nur hat sich einer von den Herren verlauden lassen, daß die Herren in Wien meinten, Bajaschoschl, wo ich mich befindet, sei die Hauptstadt von Budowina und — einseitigen ist es nur eine Dampf-Brettsäge in einem Urwald, wo man mit 21 tausend ruffischen Arbeitern die ganze Woche über Bretter schneidet und des Sonntag gegen 10 Uhr in den Wald hineingehet. Trotzdem ich um den Weidewid rüchle und mir derselbe binnen 24 Stunden versprochen wurde, so habe ich bis heute noch nichts. Nun man hält hier so Vieles für überflüssig, wahrscheinlich auch dieses. Das Schicksal an der Sache war, daß die Bannern etwas von einem Raubmord muntelten, wie dieselben eine so starke Kommission zu mir gehen sahen. Das Resultat der Hausdurchsuchung war: einige Exemplare der „Zukunft“, vier Jahrgänge der „Neuen Welt“, 2 Broschüren von F. Moß, nämlich „Lösung der sozialen Frage“ und „die Kleinbürger und die Sozialdemokratie“, 1 Stück „Freiheit“ von Zimmermann, 10 Stück Briefe von Herold aus Budowina, 1 Brief von Haberkeln und mehrere von Fremden und Bekannten, alle rein privater Natur. Wie ich eben erfahren, hat man bei Herold auch gehausucht und 21 meiner Privatbriefe mitgenommen. Hätte man mich in Wien, Graz oder Gyronow, becheit, so hätte ich es halb begrifflich gefunden, aber hier, wo man bereits als ein feiler Einzelvoter sich befindet, mitten in einem Urwalde, das ist doch zu bunt gewesen und wird vielleicht auch nicht schaden, denn man fragt mich jetzt öfters, was denn die Herren bei mir wollen. Das Schicksal ist aber noch, daß man auf der Post nachfragt, ob ich viel forschpredire und mit wem; auch frage ich zu einem Gesellschaftigen, namens Josef Müller, einzutreten, wenn ich Einkäufe bestelle und diesen eruchte der eine Postenführer, er möchte so gut sein und mich zu sich einladen und ihn, den Postenführer, auch und sollte einen politischen Diskurs anknüpfen, damit er sich über mich klar werden könne. — Er glaubt gewiß, einen Stempel fangen zu können. O! — möchte man unwillkürlich ausruhen.

Job. Sarajim, Maschinist in Bajaschoschl.

Aus dem Vereinsleben.

Baden. Sonntag den 1. Mai wurde im hiesigen Arbeiter-Bildungsverein die Monatsversammlung abgehalten, in welcher auch ein Vortrag über Zweck und Nutzen der Vereine in deutscher und böhmischer Sprache auf der Tagesordnung stand. Derselbe wurde jedoch unterbrochen, resp. wurde nur in deutscher Sprache abgehalten werden. Ich hielt dieses Vorgehen von Seite der Bezirkshauptmannschaft als Willkürakt und stellte daher den Antrag, gegen dieses Vorgehen den Refus zu ergreifen, und habe mich in der Monatsversammlung folgendermaßen geäußert: „Ich kam es nicht beargen, daß dieselbe Bezirkshauptmannschaft in Bostau mehrere Male böhmische Vorträge abhalten ließ und in Baden derartige Vorträge unterlag; ich erachte es nur als einen bloßen Willkürakt und als eine Verletzung des Versammlungsgegesetzes“. Wegen dieser Äußerung wurde gegen meine Person wegen „Aufwiegelung“ die Voruntersuchung eingeleitet. Auch gegen Genossen Dollat wurde die Voruntersuchung eingeleitet. — W. Bernalschel.

Mähr.-Schönberg. Am 27. April starb nach kurzen Leiden unser Genosse Jgnaz Weier im Alter von 63 Jahren. Obwohl es ihm nicht gegeben wurde, für unsere Ideen von der Tribune heranzutreten, so war er doch ein Freund zur Erlösung der darbedenden Menschheit. Möge diesem Freund so Mancher nachahmen. Ihre treuen Anhänger!

Karlsdorf. Sonntag den 8. Mai fand die zweite Generalversammlung der allgemeinen mährisch-schlesischen Arbeiter-Konten und Invalidenkasse statt. Tagesordnung: 1. Vorlesung der Protokolle. 2. Bericht des Obmanns. 3. Bericht des Kassiers und der Revisoren. 4. Anträge und Interpellationen.

Der Schriftführer liest die Protokolle, welche sich auf die Generalversammlung beziehen, vor. — Der Obmann Albert Gnule legt der Versammlung den Jahresbericht vor und es wurde derselbe in Details revidiert und für richtig befunden, fernere wurden gebrochene Exemplare von Jahresberichten an die Mitglieder verteilt. — Kassier Josef Neugebauer berichtet über die Einnahmen und Ausgaben und über den Kassenstand. — Für das Revisionskomitee referiert Johann Berger. — Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Als Obmann wurde Jhr. Wehrberger in Karlsdorf gewählt. In den Ausschuss wurden gewählt und zwar: Alois Andra, Eduard Guener, Josef Neugebauer, Franz Jwiener, Johann Berger, Julius Wehrberger, Johann Berni, Johann Thabel, Franz Lindner, Albert Gnule, Josef Reigel, Johann Köhler, Job. Schwarzer, Johann Harich, Franz Schroll, Julius Schäder, Alois Schindler, Robert Neugebauer, Johann Fih, Gustav Urban, Karl Fischer, Josef Lindner, Karl Rarich, Peter Knapp, Josef Benel,

David Tib, Johann Knoblich, Franz Schramm, Edward Parfisch, als Redactoren wurden Alois Köbler, Franz Schreier, Friedrich Seif, Robert Gahler, Johann Heider gewählt. — Beim nächsten Punkt wurde der Antrag des Johann Berni, betreffs des Verkaufes mit anderen Arbeiter-Kantonskassen von der Verammlung einstimmig angenommen. — Nach Schluss der Versammlung hielt der Ausschuss seine erste Sitzung, in welcher die anderen Funktionäre gewählt wurden. Als Obmann-Stellvertreter wurde Johann Berger, als erster Schriftführer Alois Ludwig, als zweiter Franz Schreier, als erster Kassierer Franz Jomier, als Kassierer Julius Weber, als Kassierer Alois Ludwig, als Kassierer Johann Schörl, Edward Gagner, Josef Ludwig, Gustav Urban, Franz Schörl, Alois Schindler, Johann Parfisch, Johann Berni, Johann Tib und Robert Schwanzer gewählt. Alois Ludwig, Schriftführer.

Eingefendet.

Wien, 24. Mai 1881.

Öffentliche Redaction!

Wir erlauben uns gefällige Aufnahme dieses Schreibens in unser Varietorgan „Zukunft“.

Die Herrschaften und Bernsteinwarenfabrik von J o h a n n B r i z, Gumpendorferstraße 6, bederbereit folgende Zustände und wir erlauben uns, dieselben zu kritisieren. Vor allem andern darf dort ein Arbeiter nicht Anspruch machen auf solide Behandlung, nämlich seitens der Herren Söhne des Herrn B r i z, welche ihrem Vater fortwährend in's Ohr flüstern, daß die Preise in ihrer Fabrik zu hoch seien und in diesem edlen Bestreben von den Werksführern auf das Eifrigste unterstützt werden, die eigentlich nicht Werksführer, sondern Auspaster sind, um dem Herrn B r i z sonntagen zu können, bei welchem Artikel am Meisten abzuziehen sei. Die Arbeiter, die nach Stück entlohnt werden, verdienen bei angestrengtester eifriger Arbeit nicht mehr als wöchentlich sechs bis zehn Gulden. Dabei werden die Arbeiter angezerrt, recht fleißig zu arbeiten; sollte aber ein Arbeiter mit der größten Anstrengung mehr als zehn Gulden verdienen, so wird sofort der Lohn wieder reduziert. Haltet sich ein Arbeiter über diese Reduzierung auf, so wird ihm gesagt, er könne gehen, wenn es ihm nicht recht ist. — Die Werksführer veranstalteten unter den vielen täglichen Subventionen, die sie dem Herrn bringen, ein Fest zur Feier des 25jährigen Bestandes der Fabrik, wozu ein jeder Arbeiter 1—50 Kr. zur Bestreitung der Kosten des Festes beitragen mußte, resp. die ihm von seinem Lohne abgezogen wurde. Und, o Ironie des Schicksals, gewöhnlich nach zu einem Feste kommt Preisreduzierung; solche Jubelfeste sind schon jahraus jahrein so nutzlos, denn die Herren veranstalten sie und die untergeordneten Arbeiter müssen mitgehen, wenn nicht, so sie sicher hoffen können, daß sie unter kurzer Zeit brotlos werden.

Wir richten hiermit einen Ruf an die Kollegen, sich diese Mahnung zu Herzen zu nehmen, damit sie nicht unvorbereitet in diese Fabrik hineingeraten.

Mehrere Parteigenossen.

Öffentliche Redaction!

Ich sehe mich veranlaßt in Bezug auf den in Nr. 40 des sozialdemokratischen Organes „Zukunft“ von 26. Mai d. J. gebrachten Artikel gegen meine Person von einem gewissen Leopold Höfner nachstehende Erklärung abzugeben und muß konstatieren, daß die in dem Artikel gebrachten Schmäherungen und Angriffe gegen meine Ehre durchaus auf Unwahrheit beruhen. Zur Charakteristik Höfners brauche ich bloß anzuführen, daß er schon einmal wegen Ehrenbeleidigung mehrerer Auszubildener des Arbeiter-Bildungsvereines eine Ehrenzerklärung im „Sozialist“ vom 14. Nov. 1878 abgeben mußte.

Bezüglich der oben erwähnten Einwendung habe ich die Ehrenbeleidigungsanzeige meinem Rechtsfreund zur weiteren Amtshandlung übergeben.

Anton Bruch a.

*) Die beim letzten Malen Ausdrücke des Herrn Einsenders mußten wir unterdrücken.

Anlässlich der oben von Herrn A. Bruch a. angeführten Erklärung erlauben wir uns im Namen des Fabrikpersonales der Schmelzwarenfabrik des Herrn D. Marle veranlaßt, gegen den Artikel von Herrn Leopold Höfner feierlichst Protest einzulegen zu müssen und müssen konstatieren, daß jene Vorkommnisse, zu welcher Herr Bruch a. die Mädel benutzte, freiwillig und selten vorkommen. Und welches Mädel würde nicht im Nachhinein aus Gefälligkeit eine kleine Korrespondenz übernehmen? Ferner sind die Bedrohungen, welche auf Wunsch von dem Personale eingeführt sind, ungewollt und werden aus Gefälligkeit von Herrn Bruch a. verurteilt. In Bezug auf den Verkauf von seinem alten Mobiliar wurde dasselbe niemandem angeboten, ebensowenig wurde jemand von dem Personale aus diesem Anlaß entlassen. Herr Bruch a. ist wol ermächtigt, Leute anzunehmen, die Entlassung geschieht aber von Seite des Herrn Seif.

Ferner müssen wir erklären, daß weder bei uns eine Pächterwirtschaft herrscht, noch daß von Seite des Herrn Bruch a. jemand ausgewandert wurde. Wir unterzeichnen diesem Herrn Bruch a. nur als einen tüchtigen Werksführer des Faches und als einen intelligenten und humanen Genossen schilbern.

Wien, am 31. Mai 1881.
Franz Bauer, Jakob Handl, Heinrich Janisch,
Leopold Samiansky, Johann Zibauer.

Ein Lehrer gegen den Fortschritt.

Floridsdorf, am 6. Juni 1881.

Öffentliche Redaction!

Wir erlauben uns, Sie höflichst um gütige Aufnahme nachfolgender Zeilen in unser Zentralorgan „Zukunft“ zu erlauben, wofür wir im Vorhinein besten Danken.

Der Floridsdorfer Arbeiter-Bildungsverein unterhält einen naturgemäß begründeten, täglich abendlich stattfindenden Elementar- und sonntägigen Zeichenunterricht, der sich der regsten Teilnahme seitens der Kinder seiner Mitglieder erfreut. Wegen dieser zweifels- ohne, anerkanntswürdigen Tendenz des Vereines äußerte sich der Lehrer der Floridsdorfer Volksschule Herr Klaus gegenüber jenen Schülern seiner Klasse, die den Vereinsunterricht besuchen, mit den Worten: „Der von Euch den Arbeiter-Unterricht besucht, kann nichts.“ — Diesem Ausdrücke sehen wir folgende Tatsachen, die durch Zeugen erweislich sind, entgegen. Im Vorjahre veranstaltete der Verein eine Ausstellung von Schülerarbeiten im Zeichen, wodurch die Tätigkeit und der Erfolg in diesem Fache Jedermann offenkundig vorlag; zur Verstärkung dieser Bestätigung lud der Verein unter anderem auch den B. L. Lehrkörper der Floridsdorfer und dem der Nachbarschulen ein.

Dem Mitglied dieser von uns hochgeschätzten Körperschaft fand es der Mühe wert, diese Ausstellung zu besichtigen, alle zogen es vor, durch ihre Anwesenheit zu plünzeln; hier war allein auch Herr Lehrer Klaus Gelegenheit geboten gewesen, mit sachmännlichem Schärfsinn die erzielten Unterrichtsresultate zu wägen, ein gerechtes, gewissenhaftes Urteil zu fällen und der Verein würde ihm allfällig von dieser Seite ergangene Winke für Verbesserungen dankend berücksichtigt haben. Diese Ausstellung wurde von circa 1400 Personen besucht, unter denen sich hochgehobene Schulklassen befanden, die den Schülerarbeiten ihre vollste Anerkennung zeigten und die erzielten Unterrichtsresultate durch die ganz gelungnen Arbeiten bekräftigten, wodurch der Verein in seinen Tendenzen, Wissen und Aufklärung in die heranwachsende Generation zu verbreiten, ermuntert wurde. Von Elementarunterricht erteilt ein Vereinsmitglied, das die Oberrealschule mit gutem Erfolge absolvierte und die

Ausweisung für Lehrer an der Lehrer-Bildungsanstalt Wien mit gleichem Erlöse befaßt, worüber die Zeugnisse in dem Vereinslokale (Floridsdorf) zu Jedermanns, auch des Herrn Klaus' Einsicht gelangen. — Jeder vorurteilsfrei, billig denkende und auf gesellschaftliche Bildung Anspruch erhebende Mann, wird es als vortrefflich und eines Mannes unwürdig finden, gegen einen behörlich gehaltenen Verein, der auf seine Habe die Worte: „Wissen ist Macht“ schrieb, der ohne Eigennutz Aufklärung und Wissen verbreitet, so ungerechtfertigt, so verlegend anzufragen und dessen nützliche Resultate auf dem Gebiete der Erziehung in Frage zu ziehen. — Herr Klaus ist für uns nicht jene Instanz, die endlich über uns Urteil erheben kann und darf; Herr Klaus scheint sich für ein wissenschaftliches Universitätsstudium zu halten, das auf pädagogischen Gebiete als nicht einzig steht, es mag Jeder über sich denken wie er immer wolle, aber es ist eine unumstößlich erzielene Tatsache, daß Großverwah eine unheilbare Krankheit ist. — Wie haben hiermit Herrn Klaus ein, den Vereinsunterricht als Gast anzunehmen, damit er sich die Überzeugung verschaffe, daß der Unterricht ganz im Sinne des Reichsvolksschulgesetzes gelehrt wird, dieser Unterricht keine Konkurrenz der Volksschule bildet, sondern daß er nur bezweckt, diese in ihrer Aufgabe alle Schüler dem gesegneten Fortschritt entgegenzuführen und als nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft herauszubilden, kräftig zu unterstützen und jeder gerecht urteilende Lehrer wird dem Borgang des Vereines nur Anerkennung für diese gewiß nicht zu verlesende menschenfreundliche Tendenz zollen müssen.

Das unterrichtende Vereinsmitglied ist bereit einen Wettkampf im Unterrichte mit Herrn Klaus einzugehen, und überläßt ihm ganz die Bestimmung der Modalitäten und das Mier des Unterrichts; als Schiedsrichter möge nach der Zeit des Unterrichtes ein Herr L. Reichsvolksschulinspektor fungieren.

Für die Leitung des Arbeiter-Bildungsvereines in Floridsdorf:
Ferd. Schaffhauser, Obmann.

Öffentliche k. k. Bezirkshauptmannschaft in Hollschau, beziehungsweise k. k. Staatsanwaltschaft in Olmütz!

Bei der Hausdurchsuchung am 5. Juni 1880, die der Schenkwirtschaftsbesitzer in Hollschau vornahm, bei welcher dem Gesehtigten auf sein ausdrückliches Verlangen der behördliche Auftrag wieder an denselben Tage noch binnen 24 Stunden vorgelegt wurde, wie es §. 9 des St.-G.-B. verlangt, sojizierte man ausländische und inländische Druckmaschinen im Werte von vierzig Gulden. Obwohl ich schon einmal an die löbliche k. k. Bezirkshauptmannschaft ein Gesuch einreichte um Rückgabe der konfiszirten Sachen, so wurde meinem Gesuche doch nicht nachgegeben und die Druckmaschinen die löbliche Bezirkshauptmannschaft an die löbliche k. k. Staatsanwaltschaft in Olmütz, woher mir bis heute, obwohl bald ein Jahr verstrichen sein wird seit der Hausdurchsuchung, keine Entledigung zuzum, ungeachtet dessen, daß ich sogar an diese Stelle ein Gesuch eingereicht hatte. Ich verlange deshalb auf diesem Wege mit vollem Nachdruck, man möge mir die konfiszirten Druckmaschinen zurücksenden, sonst wäre ich gezwungen, nachdem ich keine Entledigung in Händen hätte, mich an die höhere Instanz in dieser Angelegenheit zu wenden.

Ma h o w a, 26. Mai 1881.

Franz Balalik, Deponom.

Ausweise.

Nr. 96.

Für die Familien unserer verstorbenen Parteigenossen sind folgende Beiträge eingelaufen:

Mrs. Lucia 20, Melina 20, Genossen Floridsdorf 188, Bernad 10, Tischgesellschaft von Silberarbeitern am Neubau 180, Reinhold 20, Marmal 10, A. S. S. F. S. 15, Wabl, Hirschfeld 95, Mähr. Zribau 2, J. Weber, Meistersdorf 10, Silberstein 45, die Hoken am Steinbruch 1, X-6 50, für Recht und Wahrheit einzustehen, ist unsere heiligste Pflicht 1, J. S. 20, Fr. S. H. 20, laut „Schneider-Fachblatt“ Nr. 11 183, Sig. Spittelberger 6, Seiber 20, Felbauer 20, Frühberger 14, Steiner 20, Fr. Wiedl 15, Schrieber 20, die Hoken von Breitensee 40, die Unverwundlichen 1, Fried. Eberhardt, Altmarkt 30, J. Freil, St. Eppd 20, beim Leichenbegängnis eines jungen Sozialisten 90, Genossen Floridsdorf 273, Tröchl, Gastwirt 60, Genossen Floridsdorf 136, Bum, Bum 25, Genossen in Römertadt durch Herrn Kneifel unter dem Motto: Für Freiheit und Licht, vergessen die Römertädter die Inhaftierten nicht 1, — Summe 27 fl. 50 Kr.

Parteigenossen! Laßt Euren Eifer für diese gute Sache nicht erkalten und laßt fort Eure Pflicht zu tun! Mit sozialdemokratischem Gruß

Josef H y b e s.

Briefkasten.

Redaction: Viele Berichte und Einwendungen mußten wegen Raumangel für nächste Nummer zurückgelegt werden. Abministration: Arbeiter-Bildungsverein, Hollschau; Blätter wurden abgeschickt. — Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenliste, Nenntrich; 4 fl. Invalidentpouche pro Juni, Juli, August, September erhalten.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Am 13. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lehrsaal des Arbeiter-Bildungsvereines, 7. Bez., Bieglergasse 25, ein Vortrag von Herrn Scheflinger über „Naturwissenschaft und die Arbeiter“ statt.

Montag den 20. Juni findet im oben genannten Lokale ein Vortrag des Hof- und Gerichtsadvokaten Herrn Dr. Fehler über „Strafrechtslehre“ statt.

Übersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag, nachmittags, Buchhaltung.
Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliothek.
Dienstag, in der Zentrale, von 1/2 8—1/2 10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschriftene und Gesangsübung in Wäfl's Gasthaus.
Mittwoch, in der Zentrale, von 1/2 8—1/2 10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Auszubildende von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wäfl's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.
Donnerstag, in der Zentrale, von 1/2 8—1/2 10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschriftene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliothek.
Freitag, in der Zentrale, von 1/2 8—1/2 10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschriftene.
Samstag, in der Zentrale, von 1/2 8—1/2 9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von 1/2 9—1/2 10 Uhr abends, Stillist und von 8—9 Uhr abends, Bibliothek. Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Bieglergasse 25, statt.

Sonntag den 3. oder 10. Juli 1881
findet ein
allgemeiner
Arbeiter-Ausflug
statt.
Näheres folgt.

Wien, Samstag den 11. Juni, abends 8 Uhr, findet die Monatsversammlung des Allgemeinen Arbeitervereines im Vereinslokale, 6. Bez., Dreihausgasse, Gasthaus „zum Wajen“, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereinsberichte. 2. Vortrag über die internationale Arbeiterschön-Gefährdung. 3. Anträge.

Sonntag den 19. Juni, 2 Uhr nachmittags, findet eine freie Vereinsversammlung beim „grünen Tor“ in Neudorf statt.

Wien, Samstag den 11. Juni 1881, abends 7 Uhr, findet die Monatsversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und Arbeiterinnen Wiens, im Besesszimmer, Gasthaus „zum weißen Adler“, Sechshausen Hauptstraße, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereinsberichte. 2. Aufstellung eines Balkomitee. 3. Vortrag. 4. Anträge und Interpellationen. — Mitglieder, eure Pflicht ist, zahlreich zu erscheinen!

Wien. Die Unterrichtskollegien der Schuhmacher-Gewerkschaft gibt bekannt, daß Ende Mai ein neuer Kurs im Elementarunterricht in zwei Klassen begann. — Derselbe findet jeden Dienstag und Donnerstag von 1/8 bis 1/10 Uhr abends im Vereinslokale, 7. Bez., Kaiserstraße 96, statt. — Einschreibungen werden jeden Sonntag, Montag und Mittwoch durch Genossen Korwas vorgenommen.

Wien, Samstag den 9. Juli, abends 8 Uhr, findet in Winter's Gasthaus, am Hundsturm 2, die halbjährige Generalversammlung des Fortbildungs- und Krankenunterstützungsvereines der Färber Wiens statt.

Wien, Sonntag den 19. Juni im Jobel's Saal-lokalitäten slavische Volksversammlung.

Floridsdorf, Samstag den 18. Juni, 8 Uhr abends, findet die Monatsversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines im Vereinslokale mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag. — Mitglieder, erscheint zahlreich!

Graz, Am 13. Juni, abends 8 Uhr, findet in der Punitigamer Bierhalle eine

Volksversammlung

statt, mit der Tagesordnung: Die achtjährige Schulpflicht und der Antrag Wienbacher's. Massenhaftes Erscheinen ist notwendig!

Reichenberg. Lokalveränderung. Der Ausschuss des Fachvereines der Manufakturarbeiter gibt bekannt, daß sich das Vereinslokale seit 1. Juni im Gasthaus „zum Feldschüssel“ (Krankenhausgasse) sich befindet, woben alle Briefe und Zuschriften zu richten sind.
[30] Der Vorstand.

Graz. Der Arbeiter-Sängerbund veranstaltet Sonntag den 12. Juni in den Lokalitäten der Punitigamer Bierhalle seine

Gründungs-Viedertafel,

unter der Leitung des Kommissars Herrn Fried. Sima, verbunden mit einem Tanztrünzen, Musik von der löblichen Stadttheaterkapelle. — Zur Verschönerung des Festes werden Begrüßungsschreiben und Telegramme dankend entgegengenommen. — Frühergelbste Karten 30 Kr., an der Kasse 40. Das Komitee.

NB. Begrüßungsschreiben sind zu adressieren: Josef Stehlik, bei Herrn Franz Bidel, Schmidgasse 12, 3. Stock, Graz.

Platz für ein Beit ist an einen Parteigenossen zu vermieten. — Zellgasse 16, 2. Stüd, Tür 13. [15]

Geschäfts-Gmpfung.

Unterzeichneter empfiehlt seine Lokalitäten für Vereine und Versammlungen. Für gute Speisen und Getränke, sowie auch für solide Bedienung sorgt bestens
[50] Grob (Gumpendorfer Bierhalle)
6. Bez., Gumpendorferstraße 91.

Im Verlage der Volksbuchhandlung Höttinger-Büch ist erschienen:

Die soziale Baukunst.

Preis des ersten Bandes (Heft 1—13) brochirt 4 Fr. 50 Cent., gebunden 5 Fr. Halbsteindruck, ganz Leinwand 5 Fr. 50 Cent.

Die nächste Nummer erscheint am 23. Juni.

Herausgeber und Verleger: Frau Joh. Andrea Groß, August Potlisch, Heinrich Hoke, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Moh.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.